

I. Aktuelle Streitfragen und Rechtsprechung

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
Entscheidungen deutscher Gerichte					
OLG Köln	Urt. v. 23.5.2025 – 15 UK1 2/25	https://nrwe.justiz.nrw.de/olgs/koeln/j2025/15_UK1_2_25_Urteil_20250523.html	Meta hatte angekündigt, Daten aus öffentlichen Nutzerprofilen für ihr KI-Training zu verwenden sofern nicht widersprochen wurde. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sah darin einen Verstoß gegen die DSGVO und klagte auf Unterlassung.	<p>Meta darf Nutzer-Daten für KI-Training verwenden, da das Gericht im Rahmen einer summarischen Prüfung das Vorgehen von Meta als gerechtfertigt ansah. Meta verfolge mit der Verwendung zum KI-Training einen legitimen Zweck, der nicht effektiv durch ein milderes Mittel erreicht werden kann. Die Maßnahmen von Meta zur Risikominderung, wie bspw. die Filterung sensibler Daten wurden als ausreichend erachtet. Deshalb sei die Datennutzung auch ohne Einwilligung der Betroffenen rechtmäßig i.S.d. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Es sollten nur öffentliche Daten verwendet werden und die Nutzer wurden zudem hierüber informiert sowie ihnen die Möglichkeit eines Widerspruchs eingeräumt bzw. ihr Profil auf Privat umzustellen.</p> <p>Zudem wurde auch ein Verstoß gegen Art. 5 Abs. 2 DMA verneint. Diese Vorschrift verbietet es Gatekeepern, personenbezogene Daten aus verschiedenen Plattformdiensten zu kombinieren, ohne eine spezifische Einwilligung des Nutzers einzuholen. Das Gericht verneinte eine „Zusammenführung“ von Daten i.S.d. Art. 5 Abs. 2 DMA, da beim KI-Training keine gezielte, nutzerbezogene Verknüpfung der Daten stattfindet.</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
LG München I	GEMA gegen OpenAI (Az. 42 O 14139/24) GEMA gegen Suno Inc. (Aktenzeichen noch nicht bekannt)		Die Klägerin ist in beiden Verfahren die Verwertungsgesellschaft GEMA. Die GEMA verwaltet urheberrechtliche Nutzungsrechte von Komponisten, Textdichtern und Musikverlegern. Im Verfahren 42 O 14139/24 ist die Beklagte OpenAI Ireland Ltd., die Betreiberin des KI-Tools ChatGPT in Europa und deren Muttergesellschaft OpenAI L.L.C. Die GEMA wirft Open AI insbesondere vor, dass ChatGPT Songtexte wiedergibt, die durch das deutsche Urheberrecht geschützt sind, ohne dass die Urheber entsprechend vergütet werden. In dem Verfahren, in dem GEMA Suno Inc. verklagt, lautet der Hauptvorwurf, dass die von der KI generierten Audiodateien urheberrechtlich geschützten Werken zu ähnlich seien, sodass das Urheberrecht der Autoren der Originalwerke verletzt sei.	Die relevante Frage ist, ob auf Basis des § 44b UrhG, der Regulierungen für das Text- und Data-Mining enthält, Training von KI-Modellen und KI-Systemen zulässig sein könnte. Zudem ist zu klären, ob die GEMA wirksam für ihre Mitglieder von dem Recht aus § 44b Abs. 3 UrhG Gebrauch gemacht hat und damit das Vervielfältigungsrecht aus § 44b Abs. 2 S. 1 UrhG entfallen ist. ¹	Die GEMA hat mitgeteilt, dass es sich um ein Musterverfahren handelt. Ziel ist es insbesondere, grundlegende Rechtsfragen zur Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke beim Training generativer KI zu klären, insbesondere, ob diese Werke ohne Zustimmung der Rechteinhaber und ohne Vergütung verwendet werden dürfen. ²
LG Hamburg	Urt. v. 27.9.2024 – 310 O 227/23	NJW 2024, 3383	Der Beklagte ist ein gemeinnütziger Verein. Der Beklagte stellt ein sogenanntes Dataset für Bild-Text-Paare öffentlich kostenfrei zur Verfügung. Es handelt sich dabei um eine Art Tabellendokument, das Hyperlinks zu im Internet öffentlich abrufbaren Bildern bzw. Bilddateien so-	Das LG Hamburg entschied, dass die Erstellung von KI-Trainingsdaten-sätzen durch einen gemeinnützigen Verein unter die urheberrechtliche Schrankenregelung für Text- und Data-Mining (§ 44b Abs. 1, 2 S. 1 UrhG) zu wissenschaftlichen Zwecken fällt. „Der Bekl. hat durch die Vervielfältigung der streitgegenständlichen Fotografie zwar in die Verwertungsrechte des Kl. eingegrif-	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			<p>wie weitere Informationen zu den entsprechenden Bildern enthält, darunter eine Bildbeschreibung (auch Alternativtext genannt), die Auskunft über den Inhalt des Bilds in Textform gibt. Der Datensatz umfasst 5,85 Mrd. entsprechende Bild-Text-Paare. Der Datensatz kann für das Trainieren vom KI genutzt werden.</p> <p>Der Kläger rügt eine Verletzung urheberrechtlicher Rechte an der streitgegenständlichen Fotografie in Form einer unzulässigen Vervielfältigung im Rahmen des Analyseprozesses durch den Beklagten. Der Kläger behauptet, er sei Urheber des Fotos.</p>	<p><i>fen. Dieser Eingriff ist aber durch die Schrankenregelung des § 60d UrhG gedeckt."</i>³</p>	
Bundesgerichtshof	Beschl. v. 11.6.2024 – X ZB 5/22	NJW 2024, 2992	<p>Anmelder (Stephen L. Thaler, PhD) begehrt die Erteilung eines Patents, für das eine Künstliche Intelligenz (namens DABUS) als Erfinder benannt ist. Das Patentamt hat die Anmeldung nach vorherigem Hinweis mit der Begründung zurückgewiesen, als Erfinder könne nur eine natürliche Person benannt werden.</p>	<p>Der BGH stellte klar, dass eine KI nicht als „Erfinder“ im Sinne des Patentrechts § 37 Abs. 1 PatG gelten könne, da Erfinderschaft menschliches Handeln voraussetze. „<i>Nach der gegenwärtigen Rechtslage dürfen lediglich natürliche Personen, nicht aber Maschinen als Erfinder benannt werden. Aus der vom Gesetzgeber getroffenen Entscheidung, mit dem Recht des Erfinders auf Namensnennung seine Erfindereigenschaft („Erfinderehre“) anzuerkennen, folge für das deutsche Recht, dass eine Künstliche Intelligenz nicht als Erfinder oder Miterfinder benannt werden könne."</i>⁴</p>	<p>Bei dem Verfahren handelt es sich um eines von vielen, welches der US-amerikanische Physiker Stephen Thaler seit 2018 mit seinem Artificial Inventor Project in Rechtsordnungen auf der ganzen Welt angestrengt hat, mit dem Ziel aufzuklären, ob und inwieweit die KI Erfinder sein kann.⁵</p>

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
LG Kiel	Urt. v. 29.2.2024 – 6 O 151/23	https://openjur.de/u/2497511.html	<p>Die Beklagte betreibt unter der Internetadresse (...) ein Portal, über das Wirtschaftsinformationen deutscher Firmen abrufbar sind. In einem vollautomatisierten Prozess analysiert sie Pflichtveröffentlichungen aus dem Bundesanzeiger, Handelsregister und Insolvenzregister, um die Daten zu vernetzen, übersichtlich darzustellen und interaktiv zu visualisieren. Dafür verwendet die Beklagte eine Software. Durch Eingabe von Suchbegriffen werden dem Nutzer der Plattform die aus den öffentlichen Registern verfügbaren Informationen unter Verwendung eines von der Beklagten definierten Musters (Templates) angezeigt.</p> <p>In ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) wies die Beklagte darauf hin, dass die Daten durch vollständig automatisierte Analysen gewonnen werden und teils oder auch weitgehend fehlerbehaftet sein können.</p> <p>Aufgrund eines Verarbeitungsfehlers wurden falsche Informationen über die Klägerin, ein mittelständisches Familienunternehmen, welches vor allem Wintergärten und Terrassendächer baut und vertreibt, angezeigt.</p>	<p>Bei falschen Unternehmensangaben auf einem Informationsportal haftet das Unternehmen für durch KI verursachte Falschinformationen. Dies gilt insbesondere, wenn es bewusst ein fehleranfälliges System einsetzt und die inhaltliche Verantwortung übernimmt. Der Klägerin steht ein Unterlassungsanspruch aus §§ 1004 Abs. 1 S. 2 analog, 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 2 Abs. 1, 19 Abs. 3 GG zu, dass die Beklagte es unterlässt zu behaupten, dass die Klägerin wegen Vermögenslosigkeit nach § 394 FamFG gelöscht wird.</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
Arbeitsgericht Hamburg	Beschl. v. 16.1.2024 – 24 BVGa 1/24	NZA-RR 2024, 137	Im Verfahren vor dem Arbeitsgericht Hamburg standen sich der Konzern- betriebsrat eines Medizin- technikunternehmens und die Arbeitgeberin gegen- über. Der Betriebsrat bean- tragte im einstweiligen Rechtsschutzverfahren, dass die Arbeitgeberin ih- ren Mitarbeitern den Einsatz bzw. die Nutzung von ChatGPT und vergleich- baren KI-Systemen verbietet.	Das Arbeitsgericht Hamburg wies den Antrag des Betriebsrats zurück und entschied, dass kein Mitbestim- mungsrecht des Betriebsrats bei der Gestattung der Nutzung von ChatGPT und vergleichbarer KI- Systeme besteht. Die Begründung des Gerichts umfasste: § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG (Ordnung des Betriebs): Die Nutzung von ChatGPT über private Accounts betrifft das Arbeitsverhal- ten und nicht das Ordnungsverhalten der Mitarbeiter. Daher besteht kein Mitbestimmungsrecht des Betriebs- rats in diesem Zusammenhang. § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG (technische Einrichtungen): Da die Nutzung über private Accounts erfolgt und der Ar- beitgeber keinen Zugriff auf die Nut- zungsdaten hat, liegt keine technische Einrichtung vor, die zur Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Arbeitnehmer geeignet ist. § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG (Gesund- heitsschutz): Der Betriebsrat konnte keine konkrete Gefährdung der Mit- arbeiter durch die Nutzung von ChatGPT nachweisen. Das Gericht stellte fest, dass die Nut- zung von ChatGPT durch Mitarbeiter über private Accounts keine mit- bestimmungspflichtige Maßnahme darstellt und somit kein Mitbestim- mungsrecht des Betriebsrats besteht.	
Entscheidungen des EuGH					
EuGH	Like Company ./ Google Ireland Limited Vorlagefrage – Ungarn C-250/25 eingereicht am 3.4.2025	https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-250/25	Die Klägerin ist der unga- rischer Presseverlag „Like Company“, der mehrere Nachrichtenportale unter- hält und seine Einnahmen vorwiegend aus Werbeer-	1. Sind Art. 15 Abs. 1 DSM-RL und Art. 3 Abs. 2 InfoSoc-RL dahin aus- zulegen, dass es eine öffentliche Wiedergabe darstellt, wenn in den Antworten eines auf LLM basieren- den Chatbots ein Text, der mit dem	Anhängig beim EuGH.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			<p>lösen generiert, die von den Besucherzahlen abhängen. Demgegenüber steht Google Ireland Limited als Anbieter von KI-Diensten, namentlich des Chatbots Google Gemini. Gemini soll über Monate hinweg die Presseartikel des Verlags sowohl für das Training von Gemini als auch zur direkten Beantwortung von Nutzeranfragen genutzt haben. Dadurch seien die Inhalte vervielfältigt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Ein ungarisches Gericht hat dem EuGH daher Fragen zur Auslegung zentraler urheberrechtlicher Vorschriften vorgelegt, darunter Art. 2 InfoSoc-RL (Vervielfältigungsrecht), Art. 4 DSM-RL (Anwendbarkeit der TDM-Schranke auf KI-Training) und Art. 15 DSM-RL (Haftung für den Output von Chatbots).</p>	<p>Inhalt von Websites von Presseverlagen in einem Ausmaß identisch ist, dass er bereits unter den Schutz von Art. 15 DSM-RL fällt, sichtbar gemacht wird? Falls ja: Ist es relevant, dass es sich um das Ergebnis eines Prozesses handelt, in dem der Chatbot lediglich auf der Grundlage von beobachteten Mustern das folgende Wort vorhersagt?</p> <p>2. Sind Art. 15 Abs. 1 DSM-RL und Art. 2 InfoSoc-RL dahin auszulegen, dass der Trainingsprozess eines auf LLM basierenden Chatbots, der auf der Grundlage der Beobachtung und des Abgleichs von Mustern entwickelt worden ist, wodurch das Modell das Wiedererkennen linguistischer Muster erlernen kann, eine Vervielfältigung darstellt?</p> <p>3. Sollte die zweite Vorlagefrage bejaht werden: Fällt eine solche Vervielfältigung rechtmäßig zugänglicher Werke unter die in Art. 4 DSM-RL vorgesehene Ausnahme, die die freie Nutzung zum Zweck des Text- und Data-Mining gewährleistet?</p> <p>4. Sind Art. 15 Abs. 1 DSM-RL und Art. 2 InfoSoc-RL dahin auszulegen, dass es eine Vervielfältigung durch den Anbieter eines Chatbot-Dienstes darstellt, wenn ein auf LLM basierender Chatbot, soweit Nutzer ihm einen Befehl geben, der mit dem Text einer Presseveröffentlichung übereinstimmt oder auf ihn Bezug nimmt, seine Antwort auf der Grundlage des Befehls des Nutzers generiert und in dieser Antwort der Inhalt einer Presseveröffentlichung ganz oder teilweise sichtbar gemacht wird?</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
EuGH	YETTEL BULGARIA ./ FB Vorlagefrage – Bulgarien C-806/24 eingereicht am 25.11.2024	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:62024CN0806	Das Telekommunikationsunternehmen erhebt gegen einen Nutzer von Mobilfunkdienstleistungen Klage auf Zahlung für monatliche Grundgebühren, für nicht unter die Grundgebührvereinbarung fallende Mobilfunkdienstleistungen und für in Rechnung gestellte Entschädigungsbeträge wegen Beendigung des Vertrags. Der Kunde hat die Zahlungen eingestellt, da er die Rechnungen, die automatisiert von einem KI-System erstellt wurden, nicht nachvollziehen kann.	Die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit dem AI Act: Ist Art. 86 Abs. 1 AI Act (Recht auf Erläuterung der Entscheidungsfindung im Einzelfall) dahin auszulegen, dass der Verbraucher [...] das Recht hat, vom Dienstleistungserbringer zu erfahren, wie und mit Hilfe welcher Elemente [und] Parameter automatisierte Entscheidungen (Rechnungen) auf der Basis von vom Unternehmer automatisiert erhobenen Daten aus einem Vertrag über die Erbringung von Mobilfunkdienstleistungen erstellt wurden? Ist Art. 86 Abs. 1 AI Act i.V.m. Art. 38 GRCh dahin auszulegen, dass der Verbraucher das Recht hat, vom Dienstleistungserbringer zu erfahren, welcher Algorithmus die automatisiert erstellten Rechnungen berechnet, welche Elemente und Parameter darin einfließen? Ist Art. 86 Abs. 1 AI Act dahin auszulegen, dass er für Verbraucherverträge gilt? Zudem soll geklärt werden, ob und inwieweit die bestehenden EU-Verbraucherschutzrichtlinien (insbesondere zu missbräuchlichen Klauseln und Verbraucherrechten) und die Grundrechtecharta auf Verträge anwendbar sind, bei denen Unternehmen künstliche Intelligenz und automatisierte Entscheidungssysteme einsetzen. Zentral ist dabei die Frage, welche Rechte Verbraucher in diesem Zusammenhang haben. Konkret geht es darum, ob Gerichte von den Unternehmen die Offenlegung von Informationen über die Funktionsweise der Algorithmen (z.B. Quellcode, Black-Box-Daten, Art und Weise der automatisierten	Anhängig beim EuGH.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
				Entscheidungsfindung) verlangen können. Darüber hinaus wird gefragt, ob automatisierte Entscheidungen grundsätzlich einer menschlichen bzw. richterlichen Überprüfung unterliegen müssen und ob bei der Entwicklung und Nutzung solcher Systeme Juristen zur Wahrung der Grundrechte und Transparenz beteiligt werden müssen.	
EuGH	OQ ./ Land Hessen Urt. v. 7.12.2023 – C-634/21	NJW 2024, 413	Rechtsstreit zwischen OQ und dem Land Hessen wegen der Weigerung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, gegenüber der SCHUFA Holding AG zu verfügen, dass sie dem Begehren von OQ nach Auskunft und Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten nachzukommen habe.	<p>Der EuGH entschied, dass die automatisierte Erstellung eines SCHUFA-Scores eine „automatisierte Entscheidung im Einzelfall“ i.S.v. Art. 22 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) darstellt, wenn dieser Score maßgeblich über den Abschluss eines Vertrags entscheidet.</p> <p>Dies bedeutet:</p> <p>Verbot automatisierter Entscheidungen: Solche Entscheidungen sind grundsätzlich untersagt, es sei denn, es liegt eine ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person oder eine gesetzliche Erlaubnis vor.</p> <p>Transparenzpflichten: Betroffene Personen haben das Recht auf aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und angestrebten Auswirkungen der Verarbeitung.</p> <p>Löschung von Daten: Personenbezogene Daten, die aus öffentlichen Registern stammen und dort gelöscht wurden, dürfen nicht länger von Auskunftgebern gespeichert werden.</p> <p>Das Urteil hat weitreichende Auswirkungen auf den Einsatz von KI in Entscheidungsprozessen:</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
				<p>Einsatz von KI: Wenn KI-Systeme wie ChatGPT oder andere automatisierte Tools maßgeblich über Vertragsabschlüsse entscheiden, gelten die gleichen strengen Anforderungen wie beim SCHUFA-Scoring.</p> <p>Verantwortung der Unternehmen: Unternehmen müssen sicherstellen, dass KI gestützte Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und rechtmäßig sind.</p> <p>Betroffenenrechte: Verbraucher haben das Recht, Entscheidungen, die ausschließlich auf automatisierter Verarbeitung beruhen, anzufechten und menschliches Eingreifen zu verlangen.</p>	
EuGH	Republik Polen ./ Europäisches Parlament und Rat der EU Urt. v. 26.4.2022 – C-401/19	NJW 2022, 1663	Polen klagte gegen Teile der EU-Urheberrechtsrichtlinie 2019/790 (insb. Art. 17), da die Pflicht zu Upload-Filtern aus polnischer Sicht die Meinungsfreiheit verletze.	Der EuGH wies die Nichtigkeitsklage ab und bestätigte die Richtlinie, weil die vorgesehenen Schutzmechanismen (u.a. Ausnahmen für erlaubte Nutzungen und kein allgemeines Überwachungsgebot) ausreichenden Grundrechtsschutz bieten. Damit wurde klargestellt, dass automatisierte Uploadfilter (unter solchen Auflagen) mit EU-Grundrechten vereinbar sind.	
Entscheidungen ausländischer Gerichte					
UK Supreme Court	Emotional Perception AI Ltd. ./ Comptroller General of Patents, Designs and Trademarks; Anhörung am 21. und 22.7.2025 UKSC/2024/0131	https://supremecourt.uk/cases/uksc-2024-0131	Das Unternehmen Emotional Perception AI (EPAI) entwickelte ein Künstliches Neuronales Netz (Artificial Neural Network – ANN) zur Empfehlung von Musik. Der Zweck der Erfindung besteht darin, Empfehlungen nicht auf Basis von menschlich definierten Genre-Klassifizierungen (wie Rock, Klassik etc.) zu	Die Kernfragen für den Supreme Court sind, ob ein ANN als „Computerprogramm“ i.S.d. Patentgesetzes anzusehen ist. Solche Programme sind von einer „Erfindung“ ausgeschlossen und daher grundsätzlich nicht patentierbar. Wenn der Supreme Court ein ANN als „Computerprogramm“ i.S.d. Patentgesetzes versteht, muss in einem zweiten Schritt geprüft werden, ob die Erfindung einen ausreichenden	Aktueller Verfahrensstand: Das Urteil wird im Herbst 2025 erwartet.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			<p>geben, sondern auf einer wahrgenommenen semantischen oder emotionalen Ähnlichkeit. Musikstücke können daher basierend auf menschlichen Wahrnehmungen wie „fröhlich“ oder „beruhigend“ vorgeschlagen werden, unabhängig vom Genre.</p> <p>Das UK Intellectual Property Office (UKIPO) lehnte die Patentanmeldung mit der Begründung ab, es handle sich um ein nicht patentierbares „Computerprogramm als solches“. Der High Court hob diese Entscheidung auf, da ein ANN nicht wie ein klassisches Computerprogramm von einem Menschen kodiert, sondern i.R.v. Training „gelernt“ werde. Das Court of Appeal wiederum kippte diese Entscheidung und stellte die ursprüngliche Ablehnung des UKIPO wieder her, da auch ein trainiertes ANN letztlich nur eine „Reihe von Anweisungen für einen Computer“ und deshalb vom Patentschutz ausgeschlossen sei. EPAI legte Berufung gegen das Urteil des Court of Appeals ein.</p>	<p>„technischen Beitrag“ leistet, der über die gewöhnliche Funktionsweise eines Computers hinausgeht, die Patentierbarkeit dennoch rechtfertigt. Der Supreme Court hat sich das Urteil vorbehalten, und eine Entscheidung wird zu gegebener Zeit erwartet.</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
US District Court Central District of California	Disney und Universal ./. Midjourney Klageeinreichung: 11.6.2025 Case No. 25-5275	https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://media.npr.org/assets/artslife/movies/misc/midjourney.pdf&ved=2ahUKEwiN2rXd84KPAxUzSfEDHQh2NyYQFnoECCIQAQ&usg=AOvVawIcfTriMQVIHRglHzgDS-b	Der KI-Generator Midjourney erzeugt Bilder anhand von Texteingaben der Nutzer. Sie werfen dem Unternehmen vor, urheberrechtlich geschützte Charaktere wie Darth Vader, Elsa aus Frozen und Homer Simpson unrechtmäßig für ihre KI abzuschöpfen und zu reproduzieren. Es soll in zweifacher Hinsicht eine Urheberrechtsverletzung vorliegen: erstens durch das widerrechtliche Kopieren geschützter Werke während des Trainings der KI (Input-Phase) und zweitens durch die Erstellung unerlaubter abgeleiteter Werke durch die KI oder deren Nutzer (Output-Phase). Die Urheber wurden hierfür nicht entschädigt.	Die Kläger argumentieren, dass sie als Urheber die alleinige Kontrolle über die Verwertung ihres geistigen Eigentums haben. Midjourney könnte den Missbrauch technisch unterbinden, so wie es z.B. bereits Filter gegen die Darstellung von Gewalt oder Nacktheit einsetzt. In ihrer Klageschrift stützen die Studios ihre Vorwürfe mit direkten Bildvergleichen zwischen den Originalfiguren und den von der KI erzeugten Versionen. Neben Schadensersatz und einer dauerhaften Unterlassungsverfügung – die Midjourney das Generieren von Bildern oder Videos ohne implementierten Urheberrechtsschutz untersagt – fordern sie auch Schutzmaßnahmen für einen geplanten Videogenerator von Midjourney.	
US Distric Court for the Middle District of Florida	Garcia ./. Character Technologies, Inc., et al. Case No. 6:24-cv-01903-ACC-DCI	https://www.thefire.org/sites/default/files/2025/06/Proposed%20Amicus%20Brief%20in%20Support%20of%20Appeal%20-%20Garcia%20v.%20Character%20Technologies%2C%20Inc.pdf	Sewell Setzer, begann im April 2023 mit Rollenspielen auf Character.AI. Die App ermöglicht es Nutzern, Chatbots zu erstellen, die berühmte oder fiktive Persönlichkeiten nachahmen. Laut Garcias Klage entwickelte ihr Sohn eine ungesunde Bindung zu einem Chatbot, der auf einer Game of Thrones-Figur basierte. Die Mutter behauptet, die App habe ihren Sohn über Monate hinweg mit „anthropomorphen, hypersexualisierten und erschre-	Das Gericht erließ am 21.5.2025 eine Verfügung, mit der es den Antrag von Character Technologies auf Abweisung der Klage wegen Konstruktionsfehlern zurückwies. Das Gericht ließ die Produkthaftungsansprüche der Klägerin weiterlaufen und traf die entscheidende Feststellung, dass die Character.AI-App als „Produkt“ behandelt werden kann, „sofern die Klagen der Klägerin aus Mängeln in der App von Character A.I. und nicht aus Ideen oder Äußerungen innerhalb der App resultieren“. Das Argument der Beklagten, der Erste Verfassungszusatz biete eine Grundlage für die Abweisung der Klage, wurde in	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			<p>ckend realistischen Erfahrungen“ gefesselt.</p> <p>Im Februar 2024 nahm Garcia ihrem Sohn das Handy ab, nachdem er auffälliges Verhalten zeigte. Fünf Tage später, nach weiteren Gesprächen mit dem Chatbot, nahm sich der Teenager das Leben. Garcia fordert hierfür Schadensersatz und dass die Plattform Warnhinweise dahingehend angeben soll, dass die App nicht für Minderjährige geeignet sei. Die Beklagten reagierten mit einem Antrag auf Abweisung der Klage und argumentierten insb., dass die Äußerungen ihres Chatbots durch den Ersten Verfassungszusatz (First Amendment) geschützt seien.</p>	<p>diesem frühen Stadium ausdrücklich abgelehnt. Die Richterin erklärte, sie sei „nicht bereit, in diesem Stadium zu entscheiden, dass die Ausgabe des Character A.I. LLM Sprache ist“. Sie merkte an, dass die Beklagten „nicht darlegen, warum von einem LLM aneinandergereihte Wörter Sprache sind“.</p>	
High Court of Delhi (Indien)	Ani Media Pvt Ltd ./ Open AI Inc & Anr. [CS(COMM) 1028/2024]	<p>https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.nls.ac.in/wp-content/uploads/2024/11/ANI_vs_OPEN_AI.pdf&ved=2ahUKEwiFudGLweaOAxUya_EDHVgVKrYQFnoECBwQAQ&usg=AOvVaw3ThxFam2Co8UJf7AYSfrfJ</p>	<p>Bei der Klägerin handelt es sich um eine indische Nachrichtenagentur. OpenAI soll Inhalte der Klägerin zum Training seines Large Language Model (LLM) ChatGPT, verwendet haben, ohne eine Erlaubnis von der Klägerin für eine solche Nutzung einzuholen. Zudem sollen fälschlicherweise Falschnachrichten der Agentur zugeschrieben worden sein, was deren Ruf geschädigt habe.</p>	<p>Die wichtigsten Aspekte, die laut dem Gericht einer Prüfung bedürfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ob die Speicherung der Daten des Klägers (die Nachrichtencharakter haben und für die Schutz nach dem Copyright Act, 1957, beansprucht wird) durch die Beklagten zum Training ihrer Software, d.h. ChatGPT, eine Verletzung des Urheberrechts des Klägers darstellen würde. 2. Ob die Nutzung der urheberrechtlich geschützten Daten des Klägers durch die Beklagten, um Antworten für ihre Nutzer zu generieren, eine Verletzung des Urheberrechts des Klägers darstellen würde. 	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
				<p>3. Ob die Nutzung der urheberrechtlich geschützten Daten des Klägers durch die Beklagten als „faire Nutzung“ i.S.v. Section 52 des Copyright Act, 1957, gilt.</p> <p>4. Ob die Gerichte in Indien zuständig sind, die vorliegende Klage zu verhandeln, in Anbetracht dessen, dass sich die Server der Beklagten in den Vereinigten Staaten von Amerika befinden.</p>	
Ontario Superior Court (Kanada)	<p>Zusammenschluss großer kanadischer Nachrichtenverlage (darunter CBC, Globe and Mail, Torstar) ./ OpenAI</p> <p>Klage eingereicht: November 2024</p> <p>CV-24-00732231-00CL</p>	<p>https://litigate.com/assets/uploads/Canadian-News-Media-Companies-v-OpenAI.pdf</p>	<p>OpenAI soll urheberrechtlich geschützte Inhalte ohne Erlaubnis zum Training ihrer KI-Modelle verwendet haben. Daran anknüpfend soll OpenAI insb. technische Schutzmaßnahmen (z.B. robots.txt-Protokolle, Konto- und Abonnementbeschränkungen) auf den Websites der Kläger umgangen haben, die den unbefugten Zugriff und das Kopieren der Werke verhindern sollen. Die Kläger fordern neben Schadenersatz, die Herausgabe der Gewinne, die OpenAI durch die Nutzung der Beiträge erzielt hat, und eine einstweilige Unterlassungsverfügung.</p>	<p>Ein wesentlicher Unterschied zu den US-Verfahren besteht darin, dass anders als das „Fair Use Prinzip“ in Kanada das restriktivere „Fair Dealing Prinzip“ existiert und diese nicht deckungsgleich sind, sodass die amerikanischen Entscheidungen nicht direkt übertragbar sind, und die Anwendung der Prinzipien zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Um als „Fair Dealing“ eingestuft zu werden, muss die Nutzung in einem ersten Schritt in eine geschlossene Liste zulässiger Zwecke (Forschung, Privatstudium, Bildung, Parodie, Satire, Kritik, Rezension und Berichterstattung) fallen. Zwar müsse diese Liste nach der kanadischen Rechtsprechung grds. weit ausgelegt werden, allerdings ist fraglich, ob die Nutzung, also das Training von Large Language Modellen, unter einen dieser Zwecke fällt. Erst wenn die Nutzung unter einen dieser Zwecke fällt, kann der Richter im Anschluss abwägen, ob die Nutzung tatsächlich „fair“ ist.</p>	
United States District Court Northern District of California	<p>Andersen ./ Stability AI Ltd.</p> <p>3:23-cv-00201-WHO</p>		<p>Auf der Klägerseite stehen verschiedene Künstler, unter anderem Sarah Ander-</p>	<p>Mit Entscheidung vom 12.8.2024 wurden die auf Markenrechte beruhende Ansprüche sowie Ansprüche</p>	<p>Aktueller Verfahrensstand: Über den Hauptanspruch, der mögli-</p>

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			sen. Die Beklagte ist ein Unternehmen, das ein Deep Learning Text zu Bild Generator entwickelt hat. Die Kläger werfen der Beklagten unter anderem vor, unberechtigterweise ihre Werke für das Training des Generators genutzt zu haben.	wegen Vertragsverletzungen abgewiesen.	cherweise rechtswidrigen Speicherung der geschützten Werke der Kläger auf den Systemen als Folge des Trainings des Systems, wurde noch nicht entschieden.
US District Court for the Northern District of California / US Court of Appeals for the Ninth Circuit	Doe ./ GitHub Inc. 4:22-cv-06823-JST		Die Kläger werfen GitHub vor, ihren Open-Source-Code (veröffentlicht unter Lizenzen wie MIT, Apache und GPL-3.0) ohne entsprechende Namensnennung, Lizenzierung oder Zustimmung für das Training des KI-Programmierungstools GitHub Copilot verwendet zu haben. Zudem soll der Code im Output des KI-Tools identisch oder jedenfalls in wesentlicher Form wiedergegeben worden sein.	Ein US-Gericht hat in Zwischenentscheidungen befunden, dass es nicht ausreichend nachgewiesen sei, dass der von der KI erzeugte Code eine Reproduktion des Originalcodes darstellt. Die zentrale Frage, ob das Training einer KI mit Open-Source-Code eine Urheberrechtsverletzung ist, ist damit noch nicht geklärt.	Aktueller Verfahrensstand: Das Verfahren läuft noch in Teilen als Berufungsverfahren weiter, sodass eine finale Entscheidung abzuwarten ist.
US District Court Southern District of New York	Authors Guild ./ Open AI Inc. 1:23-cv-08292		Die Klage wurde am 19.9.2023 von der Authors Guild und 17 bekannten Autorinnen und Autoren eingereicht. Beklagten sind OpenAI Inc. und mehrere verbundene Unternehmen. Die Kläger werfen den Beklagten vor, ihre urheberrechtlich geschützten Werke ohne Genehmigung verwendet zu haben, um große Sprachmodelle (LLMs) wie ChatGPT zu trainieren. Sie argumentie-	Das Gericht hat Klageansprüche der Autoren zum Teil mangels konkreter Ähnlichkeit der KI-Ausgaben mit den Originaltexten abgewiesen.	Aktueller Verfahrensstand: Über den Hauptvorwurf, der unberechtigten Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke, wurde noch nicht abschließend entschieden.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			ren, dass diese Nutzung eine direkte Urheberrechtsverletzung darstelle und ihre wirtschaftlichen Interessen als professionelle Autoren beeinträchtige.		
US District Court for the District of Delaware	Getty Images (US), Inc. ./. Stability AI, Inc. 1:23-cv-00135		Getty Images klagt gegen Stability AI wegen angeblicher Urheberrechts- und Markenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem KI-Bildgenerator Stable Diffusion.	Die Klage umfasst mehrere Vorwürfe: Urheberrechtsverletzung: Unbefugte Nutzung geschützter Werke zum Training von KI-Modellen. Verstoß gegen den Digital Millennium Copyright Act (DMCA) bei Entfernung oder Veränderung von Copyright-Informationen. Markenrechtsverletzung und -verwässerung bei Verwendung des Getty Images-Wasserzeichens in generierten Bildern. Unlauterer Wettbewerb bei Nutzung der Inhalte zur Entwicklung eines konkurrierenden Produkts.	Aktueller Verfahrensstand: Das Verfahren befindet sich derzeit in der Phase der gerichtlichen Vorbereitungen und der Beweisaufnahme. Ein endgültiges Urteil wurde bislang nicht gefällt.
US District Court Southern District of New York	The New York Times Company ./. Microsoft Corporation 1:23-cv-11195		Die New York Times (NYT) wirft den Beklagten vor, ihre urheberrechtlich geschützten Inhalte – darunter Nachrichtenartikel, Meinungsbeiträge und Rezensionen – ohne Genehmigung verwendet zu haben, um große Sprachmodelle (LLMs) wie ChatGPT und Microsoft CoPilot zu trainieren. Diese KI-Modelle sollen in der Lage sein, Inhalte zu generieren, die den Originaltexten der NYT stark ähneln oder diese sogar wörtlich wiedergeben. Die NYT sieht darin eine direkte	Das Gericht stellte fest, dass die NYT ausreichend Beweise vorgelegt hat, um zu zeigen, dass die KI-Modelle Inhalte erzeugen können, die den Originalartikeln der NYT sehr ähnlich sind oder diese sogar wörtlich wiedergeben. Diese Entscheidung unterscheidet sich von ähnlichen Fällen in Kalifornien, in denen vergleichbare Klagen abgewiesen wurden. Am 26. März hat das Gericht folgende Ansprüche abgewiesen: DMCA-Ansprüche: Die meisten Ansprüche im Zusammenhang mit dem DMCA wurden ohne Vorurteil abgewiesen, was eine erneute Einreichung ermöglicht. Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs: Dieser Anspruch	Aktueller Verfahrensstand: Zulassung der Urheberrechtsklagen: Die zentralen Vorwürfe der direkten und mittelbaren Urheberrechtsverletzung bleiben bestehen, da die Urheberrechtsklage zugelassen wurde. Über diese wurde noch nicht entschieden.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			Bedrohung für ihren Journalismus und ihre Geschäftsgrundlage.	wurde mit Vorurteil abgewiesen, eine erneute Einreichung ist somit ausgeschlossen.	
US District Court for the Southern District of Florida	Benavides ./, Tesla inc. Case No. 21-cv-21940-BLOOM/Torres	https://cases.justia.com/federal/district-courts/florida/flsdce/1:2021-cv-21940/593426/433/0.pdf?ts=1751363722	George McGee fuhr seinen Tesla Model S, das mit automatischen Fahrfunktionen wie dem „Autopiloten“ ausgestattet war, von seinem Büro nach Hause, als er an einer T-Kreuzung ein Stoppschild überfuhr und mit einem am Straßenrand geparkten Chevy kollidierte. Bei dem Unfall wurde ein Opfer (Naibel Benavides) getötet und ein weiteres Opfer schwer verletzt. Die Kläger argumentieren der tödliche Unfall sei durch den fehlerhaften Autopiloten und unzureichende Warnungen verursacht worden. Tesla erwidert, dass der Unfall durch einen reinen Fahrerfehler (Aufheben des heruntergefallenen Mobiltelefons während der Fahrt) bedingt sei und nichts mit der Autopilot-Technologie zu tun habe.	Die rechtliche Konstellation dieses Falles unterscheidet sich von früheren Prozessen im Zusammenhang mit dem Autopilot-System, bei denen der Kläger der Fahrer des Fahrzeugs (oder dessen Erben) waren. In einem früheren Fall, bei dem ein Fahrer unter Alkoholeinfluss stand, hatte eine Jury Tesla von jeglicher Schuld freigesprochen. Der Fall Benavides ist der erste, bei dem die Opfer unbeteiligte Dritte waren. Während bei einer Klage eines Fahrers dessen eigenes Mitverschulden gegen den angeblichen Produktfehler abgewogen werden muss, kann eine Jury im Fall von unschuldigen Drittopfern sowohl den Fahrer als auch den Hersteller für schuldig befinden und die Haftung zwischen ihnen aufteilen. Die US-Geschworenen haben Tesla die Mitschuld gegeben und teilte die Schuld wie folgt auf: George McGee: zu 67 % verantwortlich; Tesla, Inc.: zu 33 % verantwortlich Das Geschworenengericht verurteilte Tesla zur Zahlung von 243 Millionen Dollar, da sämtliche Schuld nicht einem rücksichtslosen Fahrer zugeschrieben werden könne, selbst wenn dieser abgelenkt war.	Aktueller Verfahrensstand: Tesla teilte mit, der Konzern wolle angesichts von Fehlern und Unregelmäßigkeiten in dem Verfahren Berufung einlegen.
US District Court for the Northern District of California	Mobley ./, Workday Entscheidung zur Zertifizierung als Sammelklage am 16.5.2025 Case No. 23-cv-00770-RFL	https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.govinfo.gov/content/pkg/USCOURTS-cand-3_23-cv-00770/pdf/USCOURTS-cand-3_23-cv-00770-1.pdf	Der Kläger Derek Mobley, ein afroamerikanischer Mann über 40 Jahre, behauptet, die KI-gestützten Bewerber-Screening-Tools des Softwareanbieters Workday hätten ihn und andere Bewerber systema-	Das Gericht ließ die Klage nicht nur zu, sondern zertifizierte sie auch vorläufig als Sammelklage nach dem US-amerikanischen Antidiskriminierungsgesetz für Alter (ADEA). Die entscheidende Weichenstellung war die „agency theory“. Das Gericht befand es für plausibel, dass Workday	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			tisch aufgrund ihres Alters, ihrer Hautfarbe und einer diagnostizierten Behinderung benachteiligt. Er sei von über 100 Stellen, für die er sich über die Workday-Plattform beworben hatte, ohne ein einziges Interview abgelehnt worden, oft durch automatisierte E-Mails mitten in der Nacht. Workday hat sich damit verteidigt, dass das Unternehmen nur ein Anbieter von KI-gestützter Rekrutierungssoftware ist. Sie sehen sich nicht als Arbeitgeber im Sinne der US-Gesetze, die Diskriminierung am Arbeitsplatz verbieten. Daher argumentierte Workday, dass sie nicht separat für Funktionen haftbar gemacht werden sollten, die sie für ihre Kunden, die Arbeitgeber sind, ausführen.	als „Agent“ der einstellenden Unternehmen agiert und somit direkt haftbar sein könnte. Die Kunden von Workday (die Arbeitgeber) delegieren traditionelle Personaler-Funktionen – wie das erste Sichten und Aussortieren von Bewerbern – an die algorithmischen Tools von Workday. Indem Workday diese Kernfunktion des Arbeitgebers übernimmt, tritt es in eine agentenähnliche Stellung und kann für diskriminierende Ergebnisse direkt von den betroffenen Bewerbern verklagt werden. Ansonsten könnten Arbeitgeber arbeitsbezogene Angelegenheiten an algorithmische Tools von Drittanbietern auslagern. Da diese Anbieter nicht den US-Diskriminierungsgesetzen unterliegen würden, wäre es für Arbeitnehmer und Bewerber deutlich schwerer, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen.	
US District Court, Northern District of California	Kadrey et al ./ Meta Entscheidung vom 25.6. 2025 Case No. 23-cv-03417-VC	https://law.justia.com/cases/federal/district-courts/california/candce/3:2023cv03417/415175/598/	Die Autoren warfen Meta vor, ihre Bücher unrechtmäßig zum Training des KI-Modells Llama verwendet zu haben. Der Sachverhalt gleicht daher weitgehend dem zugrundeliegenden Sachverhalt im Verfahren Bartz ./ Antrophic (C 24–05417 WHA).	Das Gericht entschied zugunsten von Meta, aber nicht weil das Training von KI mit geschützten Werken generell rechtens ist, sondern weil die Kläger im konkreten Fall die falschen Argumente vorbrachten und es versäumten, ihr potenziell stärkstes Argument mit Fakten zu untermauern. Das Gericht stellte nämlich den vierten Fair-Use-Faktor (Auswirkung auf den Markt) über z.B. die Transformativität und erklärte ihn zum wichtigsten Kriterium für die Beurteilung. Die Klage wurde also abgewiesen, da die Kläger keine konkreten	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
				Beweise für einen tatsächlichen oder wahrscheinlichen Marktschaden vorlegen konnten. Zukünftige Klagen könnten trotzdem erfolgreich sein, wenn Kläger hinreichend nachweisen können, wie KI-generierte Inhalte den Markt für ihre Werke untergraben. Der Richter betont, dass er aufgrund der vorgelegten Beweislage „keine andere Wahl“ hatte, als für Meta zu entscheiden, auch wenn dies „in erheblichem Widerspruch zur Realität“ stehen mag.	
US District Court, Northern District of California	Bartz et al ./ Anthropic PBC Entscheidung vom 23.6.2025 Case No. C 24-05417 WHA	https://www.govinfo.gov/content/pkg/USCOURTS-cand-3_24-cv-05417/pdf/USCOURTS-cand-3_24-cv-05417-0.pdf	Eine Gruppe von Autoren verklagte das KI-Unternehmen Anthropic wegen der Nutzung ihrer urheberrechtlich geschützten Werke zum Training des Large Language Model (LLM) „Claude“. Anthropic hatte Millionen von Büchern zur Entwicklung seines LLMs verwendet: zum einen per Piraterie-Bibliotheken (LibGen, Books3) heruntergeladen, zum anderen gesetzlich erworbene Druckbücher gescannt und digitalisiert. Piraterie-Bibliothek bezeichnet eine digitale Sammlung urheberrechtlich geschützter Werke (z.B. Bücher, wissenschaftliche Artikel, Filme, Software), die ohne Einwilligung der Rechteinhaber online bereitgestellt oder verbreitet wird und damit eine Urheberrechtsverletzung darstellt. Die	Das Gericht entschied, dass das Training mit legal erworbenen Werken als Fair Use zu qualifizieren ist. Hervorzuheben ist die Einordnung des KI-Trainings als „transformativ“ („Spectacularly Transformative“). Der Zweck dieser Nutzung sei nicht, die Werke der Autoren identisch zu replizieren oder zu ersetzen. Vielmehr diene sie dazu, durch die Analyse statistischer Muster in der Sprache die Fähigkeit zu erlangen, völlig neue, originäre Texte zu generieren. Daneben fällt auch die Digitalisierung der physisch erworbenen Bücher unter das Fair-Use-Prinzip. Jedoch wurde klargestellt, dass Anthropic kein Recht hatte, eine zentrale permanente Bibliothek mit raubkopierten Büchern aufzubauen. Die Errichtung einer solchen permanenten, allgemeinen Bibliothek stellte selbst keinen Fair Use dar.	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			Autoren argumentierten, dass Anthropic ihre Rechte verletzt habe durch unautorisierte Vervielfältigung, insbesondere Speicherung und Download auch von piratierten Werken. Anthropic Verteidigte sich mit der Fair-Use-Doktrin (§ 107 US Copyright Act). Diese erlaubt unter bestimmten Umständen die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke ohne vorherige Zustimmung.		
US Court of Appeals for the District of Columbia Circuit	Stephen Thaler ./ Shira Perl- mutter et al. No. 23–5233 Entscheidung vom 18.3.2025		Der Kläger, Dr. Stephen Thaler, ist ein Computerwissenschaftler, der eine generative KI namens „Creativity Machine“ entwickelt hat. In dem Verfahren ging es um die Frage, ob ein ausschließlich von einer KI geschaffenes Werk urheberrechtlich geschützt werden kann.	Menschliche Urheberschaft ist erforderlich. Nach dem Copyright Act von 1976 genießen nur Werke, die von Menschen geschaffen wurden, urheberrechtlichen Schutz. KI-generierte Werke sind nicht schutzfähig: Da das Werk ausschließlich von der KI „Creativity Machine“ erstellt wurde und keine menschliche Kreativität oder Kontrolle involviert war, erfüllt es nicht die Voraussetzungen für den Urheberrechtsschutz. Das Werk fällt nicht unter die „work-made-for-hire“-Doktrin. Da das Werk von keiner natürlichen Person geschaffen wurde, kann es nicht als Auftragswerk im Sinne des Urheberrechts gelten.	
U.S. District Court D. Delaware	Thomson Reuters Enterprise Centre GmbH and West Publi- shing Corp ./ Ross Intelligence Inc. 1:20-cv-613-SB Entscheidung vom 11.2.2025		Der Beklagte (Ross Intelligence Inc.) entwickelte KI-gestützte Rechtsrecherche-Anwendung in Konkurrenz zu Westlaw (juristisches Datenbankangebot von Thomson Reuters).	Die Nutzung urheberrechtlich geschützter Headnotes zum Training einer KI-gestützten Rechtsrechercheanwendung ohne Lizenz stellt eine Urheberrechtsverletzung dar. Auch die mittelbare Nutzung geschützter Inhalte zum KI-Training kann eine Urheberrechtsverletzung darstellen, wenn dadurch ein Substitut für das Original geschaffen wird.	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
United States District Court for the Northern District of California	Trump ./. Meta Platforms, Inc. 3:21-cv-09044 Verfahrensbeendigung am 30.1.2025 durch Vergleich		Donald Trump zog gegen Meta vor Gericht. Donald Trump's Account wurde infolge des Sturms auf das Kapitol von Meta gesperrt.	Die Parteien einigten sich zur Auf- hebung der Sperrung. Meta zahlte laut Berichten 25 Millionen US-Dollar an Donald Trump.	
U.S. District Court, N.D. California	Fumiko Lopez u.a. ./. Apple Inc. 4:19-cv-04577 Vergleich vom 31.12.2024 (vorläufig genehmigt)		Im Zuge einer Sammel- klage wurde behauptet, Siri, der Sprachassistent von Apple, habe unbeabsichtigt private Gespräche auf- gezeichnet und an Dritte weitergegeben.	Apple einigte sich auf einen Ver- gleich i.H.v. 95 Mio. USD zur Beilegung. Der Vergleich betrifft US-Nutzer von Siri-fähigen Geräten zwischen dem 17.9.2014 und dem 31.12.2024; pro Gerät können bis zu 20 USD beansprucht werden. Apple bestreitet ein Fehlverhalten, hat jedoch Maßnahmen zur Verbes- serung der Transparenz und Kontrolle über Siri-Aufzeichnungen eingeführt.	
Beijing Internet Court (BIC)	Jing 0491 Min Chu No. 11279 (2023) Entscheidung vom 27.11.2023		Li erstellte mit der Open- Source-Software Stable Diffusion ein Bild mit dem Titel „春风送来了温柔“ („Der Frühlingswind bringt Zärtlichkeit“) durch Ein- gabe spezifischer Prompts und Anpassung von Parametern. Dieses Bild veröffentlichte er auf der chinesischen Social-Media- Plattform Xiaohongshu. Später entdeckte Li, dass Liu das Bild ohne seine Zustimmung in einem Ar- tikel auf Baijiahao verwen- det hatte. Dabei hatte sie das Wasserzeichen entfernt, was den Eindruck erweckte, sie sei die Urheberin des Bildes. Li sah darin eine Verletzung seines Urheber- persönlichkeitsrechts (Recht auf Namensnen- nung) und seines Rechts auf	In dem Verfahren wurde ein weg- weisendes Urteil gefällt, das erstmals die urheberrechtliche Schutzfähigkeit von KI-generierten Bildern in China anerkennt. Die Erstellung solcher Ergebnisse erfordert ein ausreichen- des Maß an intellektuellem Aufwand, z.B. die Beauftragung der KI mit den richtigen Anweisungen sowie die Auswahl und Anordnung der erzeug- ten Ergebnisse, die den persönlichen Beitrag und die Originalität des menschlichen Autors widerspiegeln.	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			öffentliche Zugänglichma- chung und reichte Klage ein.		
Changshu People's Court (China)	Lin Chen./ Hangzhou Gauss Air Film Technology Co., Ltd. & Changshu Qin Hong Real Estate Development Co., Ltd. Case No. Su 0581 Minchu 6697		Lin Chen verwendete das KI-Tool Midjourney, um ein Bild zu erstellen, und anschließend Photoshop, um es weiter zu bearbeiten. Nachdem Lin Chen das Bild in sozialen Medien geteilt und das Urheber- recht dafür offiziell regis- triert hatte, nutzten zwei Firmen ein fast identisches Bild für ihre eigene Wer- bung im Internet und eine der Firmen schuf eine 3D-Installation basierend auf dem Bild.	Ein mit KI-Tools erstelltes Bild kann urheberrechtlich geschützt sein, wenn es einen „originären geistigen Bei- trag“ eines Menschen widerspiegelt. Der Schutz wurde gewährt, weil durch die Gestaltung der Eingabe- aufforderungen (Prompts), die Aus- wahl und die anschließende Bearbei- tung einzigartige und kreative Ent- scheidungen getroffen hat. Allerdings machte das Gericht eine wichtige Unterscheidung: Das Urheberrecht schützt nur das konkrete zweidimen- sionale Bild selbst. Die allgemeine Idee dahinter, ein halbes Herz, das sich im Wasser spiegelt, ist jedoch nicht geschützt, da solche Konzepte frei bleiben müssen. Deshalb war das Kopieren des Bildes im Internet eine Rechtsverletzung, der Bau einer rea- len 3D-Skulptur nach dieser Idee aber nicht.	
Bezirksgericht Prag	10 C 13/2023–16 Entscheidung vom 11.10.2023	https://mediareport.nl/wp-content/ uploads/2024/04/prag-en.pdf	Der Kläger versuchte, die Urheberschaft an einem Bild festzustellen, das von einer künstlichen Intelli- genz namens (...) auf (...) erstellt wurde. <i>Auftrag des Klägers, „eine visuelle Darstellung von zwei Parteien zu erstellen, die einen Geschäftsvertrag in einem formellen Rahmen, wie einem Konferenzraum oder einem Büro einer An- waltskanzlei in Prag. Zei- gen Sie einfach Ihre Hän- de.“</i> Die Beklagte ist der	Municipal Court of Prague entschied, dass ein von der Bild-KI DALL-E generiertes Bild keinen urheber- rechtlichen Schutz genießt, da keine menschliche Schöpfung vorliegt.	Bedeutung im deut- schen Recht: § 2 Abs. 2 UrhG fordert für den urheberrechtlichen Schutz eine persönli- che, geistige Schöpfung.

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			Ansicht, dass das von der künstlichen Intelligenz geschaffene Bild kein urheberrechtlich geschütztes Werk im Sinne von Abschnitt 2 des Copyright Acts darstellt, da es nicht die die begrifflichen Merkmale eines urheberrechtlich geschützten Werks erfüllt und der Kläger daher nicht dessen Urheber gemäß Abschnitt 5(1) des Copyright Acts.		
US District Court Southern District of New York	Mata ./ Avianca, Inc. 1:22-cv-01461 Entscheidung vom 22.6.2023		Der Passagier Roberto Mata klagte gegen die Fluggesellschaft Avianca wegen Verletzungen, die er während eines internationalen Fluges erlitten haben soll.	Sanktionen gegen die Klägervertreter wegen Verwendung erfundener Gerichtsentscheidungen: Im Verlauf des Verfahrens reichten die Anwälte von Roberto Mata Schriftsätze ein, die mehrere nicht existierende Gerichtsentscheidungen zitierten. Diese Entscheidungen waren von der KI-Anwendung ChatGPT generiert worden. Das Gericht stellte fest, dass die Anwälte ihre Sorgfaltspflichten verletzt hatten, indem sie die Echtheit der zitierten Quellen nicht überprüften.	
United States of America before the Federal Trade Commission	FTC ./ DoNotPay File no. 232-3042		Die FTC (Federal Trade Commission) ist eine unabhängige Bundesbehörde der USA. Ihre Aufgabe ist es, gegen unfaire oder täuschende Praktiken vorzugehen und damit den Verbraucherschutz zu fördern. DoNotPay ist ein Anbieter automatisierter Rechtsberatung basierend auf Künstlicher Intelligenz.	Die FTC warf DoNotPay vor, dass die juristische Beratung nicht hinreichend von Menschen überprüft wurde und somit zu unzuverlässigen Ergebnissen führte. DoNotPay Inc. erhielt daraufhin von der FTC eine Strafe in Höhe von 193.000 US-Dollar.	
Rechtbank Amsterdam	Britische Fahrer ./ Ola Netherlands B.V. (Driver-App) &		Die Kläger sind britische Fahrer der Ride-Hailing-Dienste Uber und Ola. Sie	Die Rechtbank Amsterdam (Gericht der ersten Instanz) verpflichtete die Unternehmen, den Fahrern be-	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
	<p>Algorithmisches Fahrermanagement ./ UBER B.V.</p> <p>C/13/689705/HA RK 20–258, ECLI:NL:RBAMS:2021:1019 & C/13/692003/HA RK 20–302 & C/13/687315/HA RK 20–207</p> <p>Entscheidungen vom 11.3.2021</p>		forderten die Beklagten auf, Auskunft über ihre personenbezogenen Daten zu geben und wandten sich gegen ausschließlich automatisierte Entscheidungen der Plattformen (etwa Kündigungen wegen angeblichen Betrugs).	stimmte Daten und Informationen über die Funktionsweise der Algorithmen offenzulegen (z.B. Fahrgast-Bewertungen und Grundlagen eines „Fraud Scores“), lehnte jedoch zu pauschale Auskunftsbegehren ab. Erstmals wurde damit die Anwendung von DSGVO-Rechten (Auskunft, „automated decision-making“) im Kontext von algorithmus-gesteuerten Arbeitsplattformen gerichtlich durchgesetzt, wobei die Überprüfung automatisierter Kündigungen nur teilweise Erfolg hatte.	
Entscheidungen sonstiger Stellen					
Berliner Datenschutzbeauftragte	<p>Berliner Datenschutzbeauftragte ./ Hangzhou DeepSeek Artificial Intelligence Co., Ltd. Juni 2025</p>	<p>https://www.datenschutz-berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/DSK/2025/20250627-BlnBDI-PM-DeepSeek.pdf</p>	<p>Das Unternehmen mit Sitz in Beijing (China) betreibt den KI-gestützten Chatbot DeepSeek. Der Kern des Vorwurfs ist die unrechtmäßige Übermittlung umfangreicher personenbezogener Daten (alle Texteingaben, Chatverläufe und hochgeladene Dateien sowie Informationen zum Standort, den benutzten Geräten und Netzwerken) von EU-Bürgern nach China. Am 6.5.2025 kontaktierte die Behörde DeepSeek und forderte das Unternehmen auf, die rechtswidrigen Datenübermittlungen nach China zu unterlassen oder die Apps selbstständig aus den App Stores für Deutschland zu entfernen. Das Unternehmen reagierte jedoch nicht.</p>	<p>Die BlnBDI informierte infolge der Nichtbeachtung der Aufforderung vom 6.5.2025 die Plattformbetreiber Apple und Google am 27.6.2025 darüber, dass die DeepSeek-App aufgrund schwerwiegender Verstöße gegen die DSGVO als „rechtswidriger Inhalt“ einzustufen ist. Die Übermittlung der Daten stellt einen Verstoß gegen Art. 46 DSGVO dar. Die Problematik wird durch die weitreichenden Zugriffsrechte chinesischer staatlicher Behörden auf Daten, die von chinesischen Unternehmen verarbeitet werden, erheblich verschärft. Dies macht es praktisch unmöglich, ein mit dem EU-Recht vergleichbares Schutzniveau zu gewährleisten. Für DeepSeek entstehen dadurch erhebliche rechtliche und rufschädigende Risiken auf dem europäischen Markt. Darüber hinaus sendet der Fall ein unmissverständliches Signal an andere KI-Anbieter außerhalb der EU, die den europäischen Markt anvisieren: Die Einhaltung der DSGVO ist nicht verhan-</p>	

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
				delbar, und die europäischen Behörden sind bereit, neue rechtliche Instrumente wie z.B. Art. 16 DSA – als Möglichkeit rechtswidrige Inhalte auf Plattformen den jeweiligen Betreibern zu melden – zur konsequenten Durchsetzung der Grundrechte einzusetzen. Google und Apple müssen die Meldung nun zeitnah prüfen und über eine Sperrung entscheiden.	
Italienische Datenschutzbehörde	Italienische Datenschutzbehörde ./ Open AI Entscheidung vom 2.11.2024		Die italienische Datenschutzbehörde hat gegen OpenAI eine Geldstrafe von 15 Millionen EUR verhängt.	Die italienische Datenschutzbehörde stellte mehrere Verstöße von Open AI fest: Nichtmeldung einer aufgetretenen Datenpanne; Nutzung von personenbezogener Daten zum KI-Training von ChatGPT ohne eine angemessene Rechtsgrundlage; Verletzung von Transparenz- und Informationspflichten; Missachtung von Jugendschutzmechanismen.	
Antidiskriminierungsstelle des Bundes		https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/RG_AGG_u_Schutz_v_Diskr_d_Algorithmen.html	Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet keinen expliziten Schutz bei Diskriminierung durch automatisierte oder KI-gestützte Entscheidungen. Es bestehen Regelungslücken, insbesondere bei der Verantwortlichkeit für Entscheidungen, die durch algorithmische Systeme mitgestaltet wurden. Empfohlen werden: Eine Erweiterung des Diskriminierungsbegriffs im AGG. Die Einführung technischer Transparenzpflichten für KI-Entscheidungen. Der Aufbau aufsichtsrechtlicher Strukt-		

Gericht/Behörde/ tätige Stelle	Datum und Aktenzeichen	Fundstelle	Verfahrensbeteiligte und Positionen	Eckdaten und wichtigste Erkenntnisse	Weitere Informationen
			ren, um Betroffene zu schützen. Die explizite Einbeziehung von Ge- schlecht, Intersektionalität und KI in zukünftige Anti- diskriminierungspolitik.		

1 <https://www.gema.de/de/aktuelles/ki-und-musik/ki-klage> (zuletzt abgerufen am 18.5.2025).

2 <https://www.gema.de/de/aktuelles/ki-und-musik/ki-klage> (zuletzt abgerufen am 18.5.2025).

3 BGH, NJW 2024, 3383, 3384.

4 BGH, NJW 2024, 2992, 2993.

5 BGH, KIR 2024, 141, 145, m. zust. Anm. *Heinze*.